Können die Arbeiter und Angestellten gemeinsame Interessen mit der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände haben?

NEIN ! Aufgerufen sind sie heute zur TRAUER-kundgebung. Bekunden sollen sie , daß es ihnen um die Verteidigung des Rechts geht und daß sie gegen GEWALT und TERROR eintreten.

Das RECHT können die Arbeiter aber nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband verteidigen. Sie müssen gegen den Arbeitgeberverband ihre Rechte durchsetzen. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte weiß, wie wichtig für ihn und seinesgleichen das Streikrecht ist. Der Arbeitgeberverband weiß das auch und deshalb versucht er ständig, dieses Recht einzuschränken. Wenn der Arbeitgeberverband von Verteidigung des Rechts spricht, dann meint er vor allem das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln. Dieses ,Recht sichert ihm die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten und erlaubt es den Kapitalisten, von fremder Hände Arbeit glänzend zu leben. An der Verteidigung dieses Rechts haben die Arbeiter kein Interesse.

Die Arbeiter können auch nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband gegen GEWALT und TERROR kämpfen. Die Arbeiter und Angestellten werden in Schrecken gehalten durch drohende Arbeitslosigkeit. Niedrige Löhne und steigende Preisebedeuten für die Arbeiter und Angestellten ständige Furcht, die Raten nicht mehr bezahlen zu können, das Geld für die Miete nicht mehr zusammenzukriegen. In der Fabrik oder im Büro befinden sie sich unter der Gewalt der Kapitalisten. Durch ständig steigendes Arbeitstempo wird vielen die Gesundheit ruiniert. - Die arbeitende Bevölkerung wird nicht terrorisiert durch kleine Gruppen, die mit untauglichen Mitteln gegen die Ausbeuterordnung vorgehen wollen. Der tägliche Schrecken für die Arbeiter und Angestellten , das ist die Ausbeuterordnung selber. Dagegen aber können die Arbeiter und Angestellten nicht gemeinsam mit den Kapitalisten kämpfen. Denn die genießen alle Vorteile dieser Gesellschaft und verteidigen sie.

Ausbeutung und Unterdrückung, Unsicherheit der Existenz, diese großen Übel für die arbeitende Klasse , können die Arbeiter und Angestellten nur im Kampf gegen die Kapitalisten beseitigen und gegen den Staat, der die Kapitalisten schützt.

Selbst über den Tod eines Menschen können die Arbeiter und Angestellten nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband trauern. Die Arbeiter und Angestellten Westberlins haben auf der heutigen Kundgebung zur TRAUER keinen Anlaß: Der Richter von Drenkmann ist nicht für ihre Sache gestorben. Er war hoher Richter in einem Staat, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt und damit den Kapitalisten die Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiter sichert. Seine Erschießung war eine sinnlose Aktion. Und sinnlose Aktionen schaden der Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb besteht aber für die Arbeiter und Angestellten in Westberlin kein Anlaß, die Trauer der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeber-Verbände um den Richter von Drenkmann zu teilen. Es ist das nur Grund für sie, den Kampf gegen die Kapitalisten und den Staat, der ihnen die Ausbeutung der Arbeiter sichert, entschieden anzupacken. Je entschiedener die Arbeiter die Kapitalisten und den kapitalistischen Staat bekämpfen, um so weniger wird es zu sinnlosen Aktionen von Einzelgängern kommen. Die Arbeiter und Angestellten müssen den Kapitalisten das Recht nehmen, sie auszubeuten. Wenn sie das tun, können sie sicher sein, daß die Kapitalisten über Gewalt und Terror schreien werden. Schon heute bezeichnen sie Streiks als Gewaltaktionen und Streikposten als Terroristen. Und wenn die Arbeiter gesiegt haben und den Kapitalisten die Fabriken, Maschinen und Gebäude, den Grund und Boden wegnehmen und sich zu Herren machen. dann wird die Trauer der Kapitalisten grenzenlos sein. Für die Arbeiter aber wird das ein Tag der Freude werden.

ZWISCHEN AUSBEUTERN UND AUSGEBEUTETEN GIBT ES KEINE GEMEINSAMKEIT!

KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND

Ortsgruppe Westberlin Leberstr. 8 Tel. 7826237 21.11.74 Auflage 100 000

V.i.S.d.P. : D. Zimmer, 1 Berlin 62, Leberstr. 8

Hinweis

Über diese Kundgebung darf nicht in Vergessenheit gedrängt werden: In westdeutschen und westberliner Gefängnissen führen gegenwärtig 43 politische Häftlinge einen Hungerstreik auf Leben und Tod, um dieselben Haftbedingungen zu bekommen wie jeder andere Untersuchungs-Häftling. Die Justizbehörden haben einen von ihnen, Holger Meins, lieber draufgehen lassen, als diese gerechte Forderung zu erfüllen. Wir unterstützen diesen Hungerstreik und seine Ziele. Und wir fordern jeden, der sich ein Bild über den Streik und über die Haftbedingungen machen will, dazu auf, morgen eine Veranstaltung zu besuchen, auf der Rechtsanwälte, Ärzte und ehemalige Häftlinge berichten werden. 4500 haben inzwischen mit ihrer Unterschrift zu einer Veranstaltung am Freitag, den 22. 11. 74 um 19 Uhr in der Hasenheide aufgerufen.